

Korruptionsaffäre: Stadtbau-Chef Martin Daut soll gehen

Stadtbau-Aufsichtsratsmitglied Lothar Strehl (54) hat den Rücktritt von Stadtbau-Geschäftsführer Martin M. Daut (63) gefordert. Strehl wirft Daut Behinderung der Ermittlungen im Bestechungsfall vor, auch Strafvereitelung. Insbesondere ärgert Strehl, dass jene Stadtbau-Mitarbeiterin, die sich bestechen ließ, noch als Wohnungsvermittlerin arbeitet.

Strehls Kritik gilt generell Dauts Verhalten in der Schmiergeld-Affäre. Wie berichtet, hatte eine Gruppenleiterin Russlanddeutschen bei der Vergabe von Wohnraum bevorzugt behandelt, dafür Geld angenommen. Die Frau arbeitete in drei ermittelten Korruptionsfällen mit einer Komplizin zusammen und teilte sich das Bestechungsgeld. Laut Daut durchleuchtete die Polizei mehr als 800 Vermietungsfälle.

Die Staatsanwaltschaft verzichtete auf eine Anklage, weil die Gruppenleiterin einen Strafbefehl über 5000 Euro bezahlte. Ihre Komplizin war mit einem Strafbefehl von 2000 Euro überzogen worden, hat bei der Stadtbau GmbH nun Hausverbot. Sie habe die Kontakte zu den Russlanddeutschen hergestellt und habe bei Behördengängen geholfen, lieferte laut Daut „Dienstleistungen“.

Dass die Justiz auf eine Klage verzichtete, hatte nach MZ-Informationen mit der Auskunft des Arbeitgebers zu tun. Danach teilte die Stadtbau GmbH im laufenden Verfahren mit, die in Verdacht geratene Gruppenleiterin habe „interne Kriterien für die Vergabe als solche“ nicht verletzt. Strehl ist erbost, dass Daut bei einer Aufsichtsratssitzung gesagt habe, bei den Ermittlungen sei nichts herausgekommen. Strehl musste glauben, das Verfahren sei wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden. „Dass die Einstellung gegen Zahlung erfolgte, wusste ich nicht.“

„Ich habe ihr verziehen! Aber vergessen kann ich es nicht“, sagte Daut auf Anfrage. Trotz der Kritik stehe er zu seiner Entscheidung, die Gruppenleiterin nicht zu versetzen. Der Hausanwalt habe vor dem großen Risiko einer Kündigung gewarnt. Tatsächlich seien die Vergaberichtlinien nicht verletzt worden, so der Geschäftsführer. Es existiere nämlich der „politische Auftrag“, etwas für Übersiedler zu tun.

Daut sagte, die Gruppenleiterin habe vermutlich in Bereicherungsabsicht gehandelt, aber weniger Geld als die Komplizin bekommen. Das Handeln der Gruppenleiterin sei „nicht rechters“ gewesen. Allerdings sei er als Christ sozial eingestellt und wolle nicht kriminalisieren. Er stehe zu seiner Entscheidung. Um die Rückzahlung der Schmiergelder habe sich die Staatsanwaltschaft zu kümmern.

Mit Blick auf den Skandal sprach Daut von einem „Rückschlag“. Rücktrittsforderungen sieht der 63-Jährige gelassen entgegen, denn er habe das Vertrauen des Aufsichtsrats. Der habe nämlich den „hervorragenden Aufschwung“ der Stadtbau GmbH konstatiert. Falls er aber seinen Hut nehmen müsse, sei das nicht weiter schlimm. „Dann freut sich meine Frau.“

